



VOS-Geschäftsstelle Uhlandstraße 120 10717 Berlin
Email: vos-berlin@vos-ev.de Homepage: www.vos-ev.de



IG ehem. DDR-Flüchtlinge, Postfach 25 01 40, 68084 Mannheim
Email: vorstand@iedf.de Homepage: www.iedf.de

Berlin/ Mannheim, den 08.03.2021

Frau
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Betr.: K 202 137/20
Fremdrentenunrecht und der unsensible Umgang mit den Betroffenen

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

seitdem auf der IEDF-Internetseite **www.flucht-und-ausreise.info** unsere bislang bescheidenen Kommunikationsversuche mit der Bundesregierung zum öffentlichen Lesen freigegeben sind, erhalten wir zunehmend Post nicht nur von Betroffenen, sondern auch von anderen politisch Interessierten. Wie nicht anders zu erwarten ist seitdem die allgemeine Verwunderung groß, wie die von den ehemaligen DDR-Flüchtlingen beklagte sozialpolitische Diskriminierung durch die Bundesregierung konsequent mit regierungsamtlicher Nichtbeachtung quittiert wird.

Hier ein aktuelles Beispiel: Herr Dietrich Hackenberger aus 71552 Backnang schickte uns ein Schreiben, das er kürzlich aus dem Bundeskanzleramt, Ref. 311 erhalten hat. Er gehört zu denen, die in der DDR einst als „Republikflüchtige“ bezeichnet und entsprechend stigmatisiert worden sind. Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, waren in jenen Jahren, in denen die DDR-Administration derartige Kräfte mit allen erdenklichen und unerdenklichen Mitteln verfolgte, Bürgerin der Deutschen Demokratischen Republik. Wie auch Herr Hackenberger und seine Familie.

Insofern wissen Sie sehr genau Bescheid, wie es zugeht damals.

Die „Antwort“ aus dem Referat Soziales erschreckend unsensibel, kalt, entwürdigend und wird dem Gewicht der Thematik in keiner Weise gerecht.

Es geht nicht um Geld. Es geht um Würde.

Herr Hackenberger hat Ihnen geschildert, dass die „politische Entscheidung“ der Bundesregierung, die unter dem Schirm des Grundgesetzes einst erfolgte Eingliederung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge unter Berufung auf den Beitritt der DDR heimlich rückabzuwickeln, eine politische Kränkung all derer bedeutet, die durch ihre Haltung der SED-Administration die Stirn geboten und durch Abstimmung mit den Füßen politisch, moralisch und ökonomisch geschwächt hatten.

Erschwerend kommt hinzu, und das betont Herr Hackenberger besonders, dass das berechtigte Intervenieren seitens der Betroffenenverbände bei der Bundesregierung gleichbleibend auf sture Ignoranz trifft. Ihre Schweigsamkeit zu diesem Thema, sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, hat sich herumgesprochen und wirft bei den politisch Nachdenklichen zwangsläufig kritische Fragen auf.

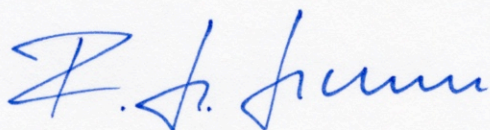
Dass dieser „politischen Entscheidung“ dazu noch die gesetzgeberische Legitimation fehlt, ist inzwischen hinreichend bekannt. Stattdessen wird in Berlin weiter an der Legende gestrickt, nach der es angeblich selbstverständlich gewesen sei, bei der Gesetzgebung zum Beitritt der DDR **alle** DDR-Erwerbsbiografien neu zu bewerten, also auch die von Flüchtlingen, Ausreiseartragstellern, aus politischer Haft Freigekauften, die bereits in der Zeit der Teilung Deutschlands Bürger der alten Bundesrepublik Deutschland geworden waren.

Dass die Gesetze zum Beitritt der DDR ausschließlich dafür bestimmt waren, die Bürger der gerade beigetretenen DDR mit bundesrechtsverträglichem Rentenrecht zu versorgen, ist längst nachgewiesen.

Aber die Legendenbildung wirkt weiter.

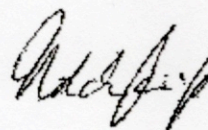
Es ist zu hoffen, dass die Betroffenenverbände von der Bundesregierung nun endlich ein Angebot zur Kommunikation bekommen.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Felix Heinz Holtschke

VOS-Landesvorsitzender NRW



Dr. Jürgen Holdefleiss

Vorsitzender IEDF e.V.